

**WIR SIND
ZUKUNFT.**



PRESSEKONFERENZ DER SPÖ-FRAUEN

**FRAUENTAG 2022:
WIR SIND ZUKUNFT.**

mit

Pamela Rendi-Wagner,
Bundesparteivorsitzende und Klubvorsitzende

und

Eva-Maria Holzleitner,
Bundesfrauenvorsitzende

Zeit: Montag, 7. März 2022, 10 Uhr

Ort: SPÖ-Parlamentsklub, Klubsitzungssaal, 2. Stock, Pavillon Ring, Heldenplatz 10, 1010 Wien

Frauentag 2022

Der Frauentag 2022 steht im Zeichen eines schrecklichen Krieges unweit unserer Landesgrenzen. Wir SPÖ Frauen verurteilen den Krieg und die Menschenrechtsverletzungen, sind solidarischen mit den Menschen in der Ukraine und unterstützen die friedensbewegten Menschen in Russland.

Wir Frauen in sozialdemokratischen Organisationen und in den Landesregierungen sowie Gemeinden arbeiten daran, familien- und kindergerechte Unterkünfte für jene bereit zu stellen, die unseren Schutz vor dem Krieg benötigen. Wir fordern dringend sichere Transporte für flüchtende Menschen, die jetzt an den Grenzen stehen und sichere Wege von den EU-Grenzen zu den Aufnahmeländern.

Es sind gerade Frauen und Kinder, die in diesen Tagen an den Grenzen ausharren. Sie sind die Leidtragenden dieses Krieges und brauchen dringend unsere Hilfe.

Die SPÖ Frauen sind eine friedensbewegte Organisation. Unser moralischer Kompass ist die internationale Solidarität – diese gilt insbesondere den Menschen, die von Krieg und Menschenrechtsverletzungen bedroht sind. Die SPÖ Frauen in ganz Österreich unterstützen Hilfsaktionen der Volkshilfe, des Arbeitersamariterbundes und vielen anderen Hilfsorganisationen.

Für uns SPÖ Frauen ist der Frauentag immer ein Kampftag für die ökonomische Sicherheit von Frauen – unsere Forderungen für einen Teil der ökonomischen Sicherheit präsentieren wir heute mit der vorliegenden Kampagne. Für diese Sicherheit braucht es eine wesentliche Voraussetzung – Frieden.

Fünf Frauen – Fünf Forderungen für den Frauentag 2022

- **Lohntransparenz einführen und damit Lohndiskriminierung abschaffen.**
- **Vorsorgeuntersuchungen und Gender - Medizin ausbauen.**
- **Frauenarbeitsmarkt-Paket und Teuerungsbremse umsetzen.**
- **Väterkarenz zur Regel machen: damit gerechte Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit endlich Realität wird.**
- **Unterhaltsgarantie, die Alleinerziehende vor Armut schützt.**

Volle Transparenz bei Löhnen und Vermögen

Die Lohnschere schließt sich viel zu langsam. Im Jahr 2020 waren die Unterschiede zwischen Vollzeitgehältern von Frauen und Männern mit rund 13 Prozent zwar niedriger als in den Jahren davor. Laut Expert*innen der Arbeiterkammer liegt das aber daran, dass mehr Männer in Kurzarbeit waren und Vollzeitjobs von Frauen in der Pandemie verloren gegangen sind. Fakt ist, dass Frauen weniger verdienen, einfach weil sie Frauen sind.

Wir haben in Österreich ein Gesetz, das gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit vorschreibt. Die Geheimniskrämerei ums Gehalt macht es schwierig zu überprüfen, ob das Gesetz eingehalten wird. Die Einkommensberichte in Unternehmen waren ein wichtiger Schritt, um die Unternehmen an ihre Verantwortung zu erinnern. Jetzt ist es höchste Zeit, den nächsten Schritt zu tun, nämlich volle Transparenz bei Löhnen und Vermögen zu sichern.

Lohngesetz nach dem Vorbild Islands: Seit 2019 gilt in Island der Equal Pay Act. Firmen ab 25 Mitarbeiter*innen müssen nachweisen, dass sie ihre Mitarbeiter*innen für gleichwertige Arbeit gleich bezahlen und hierfür alle drei Jahre ein Zertifikat erwerben.

Lohntransparenz stärkt Frauen: Ein ähnliches Gesetz würde uns in Österreich gut tun. Denn Frauen sollen wissen, wie viel ihre männlichen Kollegen verdienen. Das stärkt sie in Gehaltsverhandlungen und macht es Unternehmen schwieriger, Ungerechtigkeiten zuzulassen.

Unternehmen in die Pflicht nehmen: Angelehnt an das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz sollen Verwaltungsstrafen bei Unterentlohnung verhängt werden.

Transparenz bei Vermögen: Eine von der Österreichischen Nationalbank erstellte Studie kommt zu dem Schluss, dass die Vermögenskonzentration in Österreich noch viel größer sein könnte als bisher angenommen. Das reichste eine Prozent der Bevölkerung könnte demnach die Hälfte des gesamten Vermögens besitzen. Die Studienautor*innen kritisieren, dass Daten schwer zugänglich sind und schlagen ein Vermögensregister vor.

Schwerpunkt auf Gesundheitsvorsorge und Ausbau der Gender Medizin in Ausbildung und Forschung

Laut ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse) sind im Jahr 2019 mehr als eine Million Personen zur Vorsorgeuntersuchung gegangen, im Jahr 2020 waren es nur noch 926.000, 2021 haben nur 844.000 Menschen die kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch genommen.

Bei Mammografien gab es einen Rückgang von 13 Prozent. Besonders alarmierend seien die Zahlen bei der Krebsfrüherkennung in Lockdown-Zeiten: Laut Rechnungshof wurden 2020 in der ersten Pandemiewelle um 75 Prozent weniger Mammografien und Darmspiegelungen durchgeführt als im Jahr davor, so die SPÖ Frauen. Sie machten darauf aufmerksam, dass es einmal im Jahr für alle über 18-Jährigen das Angebot eines kostenlosen umfangreichen Gesundheits-Checks gibt. Dabei gehe es um die Früherkennung von Krankheiten und um das Erkennen von Risikofaktoren.

Die SPÖ Frauen fordern eine Schwerpunktsetzung auf Gender Medizin in Ausbildung und Forschung. Für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung muss sich die Medizin auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen ausrichten.

Endometriose ist eine der vielen frauenspezifischen Krankheiten, die zeigt, warum wir mehr Gender Medizin in Forschung und Anwendung brauchen. Endometriose ist die zweithäufigste Erkrankung bei Frauen im gebärfähigen Alter.

SPÖ Frauen fordern:

- **Ausreichend Kassenärzt*innen und Gender Medizin in Forschung und Anwendung.**
- **Ausbau der Primärversorgungszentren als kostenlose Therapieplätze für Kinder und Erwachsene, die an Folgen der Pandemie leiden.**
- **Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung.**

Ein Arbeitsmarktpaket für Frauen

Die Pandemie trifft Frauen ungleich schwerer als Männer. Es braucht dringend ein Arbeitsmarktpaket für Frauen, damit die Frauen gut aus der Krise kommen.

Ausbau von Frauenarbeitsstiftungen in ganz Österreich mit regional maßgeschneiderten Angeboten. Mindestens 50 Prozent der Mittel aus der Corona-Arbeitsstiftung sollen Frauen zur Verfügung stehen.

Weiterbildungsangebote von Frauen zur Verfügung stehen.

Die Frauen sollen in dieser Zeit einen Mindestlohn von 1.700 Euro erhalten.

Mehr Mittel für Frauenberatungsstellen in ganz Österreich: Durch die Verknüpfung mit den AMS-Landes- und Regionalstellen soll eine gezielte Hilfestellung am Arbeitsmarkt erreicht werden. Ziel ist ein Rechtsanspruch auf Beratung.

Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent zur dringend notwendigen Existenzsicherung von Frauen.

Teuerungsbremse anwerfen - Teilhabe im Alter sichern

Wie Existenz relevant die von uns geforderte Teuerungsbremse ist, zeigen aktuelle Statistiken mit dramatischen Zahlen. Die Kosten für einen Wocheneinkauf sind innerhalb eines Jahres um fast zehn Prozent gestiegen. Für eine Wohnung/ein Haus, Wasser und Energie müssen im Schnitt um über fünf Prozent mehr bezahlt werden. Heizöl ist im Vergleich zu 2020 um 44 Prozent teurer geworden.

SPÖ Frauen fordern:

- **Mietpreisobergrenze**
- **befristete Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas**
- **einmaliger Winterzuschuss von 300 Euro für Haushalte mit niedrigem Einkommen**
- **Zugang zur Schwerarbeitspension für Pflegekräfte**
- **Vorgezogene Pensionsanpassung Mitte des Jahres um mind. 4 Prozent**
- **Höhere Anrechnung der Karenzzeiten**

Verpflichtende Väterkarenz – wie die Ausnahme zur Regel werden kann

Derzeit gehen in Österreich nur zwei Prozent der Väter länger als drei Monate, und ein Prozent der Väter länger als sechs Monate in Karenz.

Väterkarenzen haben einen langfristigen Effekt auf die Arbeitsteilung, wenn sie mindestens vier bis sechs Monate dauern.

Wir müssen endlich über gesetzliche Maßnahmen diskutieren. Sinnvoll ist, wenn ein fixer Teil der Karenz für Väter reserviert ist. Und zwar sowohl beim Geldbezug wie auch bei der Karenzzeit. Überall dort, wo es das gibt, steigt auch die Väterkarenz an.

Eine Unterhaltsgarantie, die Alleinerziehende vor Armut schützt

In Österreich gibt es ca. 167.000 Alleinerziehende, 94 Prozent davon sind Frauen. Rund 44 Prozent der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind stark von Armut gefährdet. 36 Prozent der Alleinerzieher*innen erhalten laut Statistik Austria keinen (regelmäßigen) Kindesunterhalt vom anderen Elternteil.

Bei Alleinerzieher*innen ist fast jedes 2. Kind armuts- und ausgrenzungsgefährdet. 362.000 Kinder leben in Haushalten, die sich unerwartete Ausgaben nicht leisten können.

65.000 Kinder wohnen in Haushalten, die sich keinen PC leisten können.

Im Durchschnitt erhalten Kinder einen gesetzlichen Unterhaltsvorschuss von 250 Euro im Monat. Der Unterhaltsvorschuss soll auf die Höhe des Regelbedarfssatzes aufgestockt werden, wenn Unterhaltszahlungen ganz oder teilweise ausfallen. Die 2021 veröffentlichte Kinderkostenstudie zeigt deutlich den Reformbedarf im Unterhaltsrecht!






Die Sujets der Frauentags-Kampagne



Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass nur starke Sozialstaaten gut durch die Krise gekommen sind.

WIR SIND ZUKUNFT. SPÖ
frauen.spoe.at

Deshalb fordern die SPÖ Frauen:

-  eine starke Gesundheitspolitik mit ausreichend Kassenärzt*innen und Gender-Medizin in Forschung & Anwendung
-  volle Transparenz bei Löhnen und Vermögen – das Offenlegen von Gehältern verringert den Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern
-  eine echte Arbeitsmarktpolitik gegen Altersarmut mit einem umfassenden Arbeitsmarktpaket für Frauen
-  die verpflichtende Väterkarenz: Väterkarenz soll zur Regel werden statt die Ausnahme zu bleiben!
-  Eine Unterhaltsgarantie des Staates, die Armut von Kindern und Alleinerziehenden verhindert.

Impressum: SPÖ-Frauen, Löwelstraße 18, 1010 Wien

Rückfragehinweis: Ruth Manninger,
Bundesfrauengeschäftsführerin
ruth.manninger@spoe.at / 0664 830 44 64 / frauen.spoe.at